

Klaus Pflieger | Generalstaatsanwalt a.D.

Seit Mai 2020 bin ich Mitglied der FREIEN WÄHLER Baden-Württemberg und habe mich auch bereit erklärt, von der Partei als Kandidat für die Landtagswahl 2021 nominiert zu werden. Ich plädiere nämlich schon seit meiner Gemeinderatstätigkeit Ende der 1980er-Jahre dafür, dass die FREIEN WÄHLER auch auf Landesebene antreten, um der Parteien- und Politikverdrossenheit zu begegnen, weil es in Landtagswahlen zuvorderst auf die Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten ankommt.

Mit dem Wahlprogramm der FREIEN WÄHLER, das sich in weiten Teilen mit den Zielen anderer bürgerlicher Parteien deckt, bin ich natürlich einverstanden. Herausstellen möchte ich aber fünf Themenbereiche, die mir – bestärkt durch meine beruflichen Erfahrungen – besonders am Herzen liegen, nämlich:

Umwelt- und Naturschutz

1987 war ich zuständig, als junge Leute nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl Strommasten in Hessen umgesägt haben, um gegen die Nutzung der Atomenergie zu protestieren, bis einer von ihnen schließlich am 2.11.1987 während einer Demonstration gegen die Waldrodung für eine neue Startbahn des Frankfurter Flughafens zwei Polizeibeamte erschossen hat.

Die mangelnde Wertschätzung des Umwelt- und Naturschutzes durch die damals etablierten Parteien (die damit selbst zum Aufschwung der GRÜNEN beigetragen haben) hat mir gezeigt, dass wir die Anliegen der kommenden Generationen stärker berücksichtigen müssen, aktuell augenfällig die der „Fridays-for-Future-Bewegung“. Sie weist zu Recht darauf hin, dass wir die Erde als einzig lebensfähigen Raum erhalten müssen.

Zuwanderung und Entwicklungspolitik

1992 war ich Sachbearbeiter der Brandanschläge von Mölln, wo am 23.11. drei türkische Frauen zu Tode kamen und die Ermittlungen ergaben, dass zwei rechtsextremistische Täter das Attentat mit dem Ziel „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ verübt hatten. Mein Eindruck war, dass die damals etablierten Parteien die Angst der Bevölkerung vor zu vielen Ausländern falsch eingeschätzt haben und erst verspätet mit der „Drittstaatenregelung“ der Flut von Asylanträgen begegnet sind.

Wir brauchen verbindliche Regeln für humanitäre Hilfe und für Zuwanderung – v.a. eine zahlenmäßige und branchenbezogene Steuerung des Zuzugs. Nur so kann ein Einwanderungsland Angebot und Nachfrage seines Arbeitsmarktes in Einklang bringen. Das darf freilich nicht zur Abwerbung der Eliten aus deren Herkunftsländern führen. Denn schwächere Ländern können sich zum Besseren entwickeln, wenn wir ihnen bei Fortschritten in Infrastruktur, Bildung und Wachstum durch eine verstärkte Entwicklungshilfe zur Seite stehen. Diese Länder und ihre jungen Talente brauchen Perspektiven. Wenn sie ihr Potenzial nutzen können, nützt dies auch Europa und Deutschland.

Extremismus

Aufgrund meiner jahrelangen Befassung mit Terrorismus von links (RAF etc.) und rechts (Oktoberfestattentat, Polizistenmord Kiesewetter etc.) weiß ich, wie wichtig es ist, extremistische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, gegenzusteuern und „Gefährder“ aus dem Verkehr zu ziehen, bevor sie Attentate verüben. In dieses Ziel müssen wir noch mehr als bisher investieren.

Gendergerechtigkeit

Das Bedürfnis nach Geschlechtergerechtigkeit ist mir eindrücklich ab 1995 als Behördenleiter verdeutlicht worden, weil sich Frauen nicht auf die Rolle als Mutter und Hausfrau festlegen lassen möchten, sondern nach einer erfolgreichen Ausbildung erst recht im Beruf „ihren Mann“ stehen wollen. Und ich habe erlebt, wie erfolgreich Frauen sein können, ohne dass es einer „Frauenquote“ bedarf!

Viele Branchen machen es inzwischen vor, den Frauen den Spagat zwischen Mutterschaft und Job zu erleichtern. Dazu gehören vor allem vernünftige Teilzeitjobs und gute Kindertagesstätten, auch in den Betrieben (wie „Polifant“ bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart).

Unter Gendergerechtigkeit verstehe ich aber nicht nur die Gleichberechtigung von Frauen, sondern auch der Männer, die sich durch Teilzeittätigkeiten ebenfalls verstärkt um die häuslichen Anforderungen und vor allem um die Erziehung der Kinder kümmern können sollten. Damit bin ich bei einem Schwerpunktthema, das bei meinen Vorträgen zurzeit besonders gefragt ist:

Ethik

Seit Jahren stellen wir eine Veränderung in den moralischen Werten unserer Gesellschaft fest – und zwar nicht zum Guten: „Es wird gehetzt und gepöbelt. Da ist Anstand verloren gegangen!“ (Margot Käßmann). „Wir beobachten eine Entwicklung: weg von überkommenen Werten wie Pflichterfüllung, Verantwortung tragen, Gemeinnutzen üben, hin zu einer Orientierung auf Eigennutz, Selbstverwirklichung und hedonistischen Materialismus“ (Marion Gräfin Dönhoff).

Einer der traurigen Höhepunkte dieser „Raff- und Spaßgesellschaft mit ihrer Maßlosigkeit“ war die Stuttgarter Krawallnacht am 20./21.6.2020, als ein Mob junger Leute aus blindem Zorn auf Polizeikontrollen in der Stuttgarter Innenstadt randaliert und die Polizei auf das Übelste angegriffen hat.

Um der Eskalation dieser elenden Egozentrik und unerträglichen Genusssucht zu begegnen, bedarf es der Rückkehr zu ethischen Grundsätzen wie Respekt, Rücksicht, Demut, Dankbarkeit und Übernahme von Verantwortung.

Dazu gehört, dass wir unserer heranwachsenden Generation von Kindesbeinen an solche ethischen Werte vermitteln, und zwar beginnend in den Familien, weshalb ich gerade unter dem Aspekt der Gendergerechtigkeit auch von jungen Vätern erwarte, dass sie für die Erziehung ihrer Kinder hinreichend Zeit und Liebe aufbringen. Dass dieser ethische Erziehungsauftrag auch in Kindergärten und Schulen gepflegt wird, halte ich für eine Selbstverständlichkeit, weshalb ich eine zweijährige, kostenfreie Kindergartenpflicht vorschlage.

Aus denselben Gründen sollte aus meiner Sicht das bisherige „FSJ“ durch ein „Verpflichtendes Soziales Jahr“ für junge Leute beiderlei Geschlechts ersetzt werden. Dies wäre nicht nur eine solidarische Gegenleistung für jene soziale Sicherheit, die unser Staat gewährleistet; sondern auch eine Gelegenheit für junge Frauen und Männer, bei gemeinnützigen Arbeiten die echten Probleme unserer Gesellschaft zu erkennen und diese anzugehen. Dieses Sozial-Jahr könnte auch für Trainings zu sozialen und ethischen Fähigkeiten genutzt werden.

Mit all dem sehe ich eine Chance, den Trend umzukehren: weg von Eigennutz, Materialismus und selbstverliebter Egozentrik, hin zu mehr gesellschaftlicher Verantwortung, Gemeinnutzen, Bescheidenheit, Rücksichtnahme und Anstand. Andernfalls bleibt leider immer nur Schadensbegrenzung, indem wir gewalttätige und antisoziale Exzesse durch konsequente Strafverfolgung einzudämmen versuchen.